

N i e d e r s c h r i f t

**der 33. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 11.09.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 17:10 Uhr
Herr Matthias Dreßler	SKE	
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE	
Herr Mario Kremling	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	DIE LINKE	vertreten durch Herrn Schiller
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Heiner Schneider	SKE	
Herr Dieter Schika	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
 - 4.1. Schnittstellenprojekt Bahnhof Nietleben
Vorlage: IV/2007/06682
 - 4.2. Abwägungsbeschluss zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept
Vorlage: IV/2007/06565
 - 4.3. Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes
Vorlage: IV/2007/06567
 - 4.4. Beschluss zur Erweiterung der Stadtumbaugebiete Nördliche und Südliche Innenstadt
Vorlage: IV/2007/06568
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282
 - 5.2. Änderungsantrag zum Antrag von Stadtrat El-Khalil vom 28.2.2007 zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06636
 - 5.3. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS zum Kostencontrolling von Bauprojekten
Vorlage: IV/2006/06154
6. Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen
 - 8.1. mündliche Information - Ausbau Delitzscher Straße/ Optimierung der Erschließung der großen Gewerbeflächen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sänger eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit sowie die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorlagen

**zu 4.1 Schnittstellenprojekt Bahnhof Nietleben
Vorlage: IV/2007/06682**

Frau Schlüter-Gerboth fragte, ob der Bahnhof Nietleben auch in ein paar Jahren noch als Schnittstelle benötigt wird? Sie äußerte Bedenken.

Herr Dr. Pohlack erläuterte, dass diese Schnittstelle Bestandteil des geplanten S-Bahn-Verbundnetzes Halle – Leipzig ist. Die Städte sollen durch das P+R – Angebot entlastet werden. Für Nietleben ist ein stufenweiser Ausbau vorgesehen.

Herr Geuther fragte, ob es Prognosen für die Auslastung in der Zukunft gibt?

Herr Dr. Pohlack sagte, dass das gesamte ÖPNV – System nur funktioniert, wenn attraktive Angebote geschaffen werden. Die Stadt geht in Vorleistung dafür.

Frau Schlüter-Gerboth fragte nach den Kosten des Ausbaus der Schnittstelle?

Herr Roesler antwortete, dass diese 809 T€ betragen, davon sind 141 T€ Eigenmittel der Stadt. Diese werden über die Regionalisierungsmittel beglichen, so dass der Stadt keine Kosten entstehen. Die NASA entscheidet über den Nahverkehr, nicht die DB. Es ist geplant, dass in Zukunft von Nietleben bis Leipzig mit der S-Bahn gefahren werden kann. Die NASA gibt eine Garantie für dieses Projekt.

Abstimmungsergebnis:
Ja-Stimmen 7
Nein-Stimmen 1
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Dem Projekt „Schnittstelle Bahnhof Nietleben (Schaffung Busverknüpfung, P+R-Anlage, Fahrradabstellanlage)“ und der damit im Zusammenhang stehenden Mittelfreigabe wird zugestimmt.

zu 4.2 Abwägungsbeschluss zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept Vorlage: IV/2007/06565

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept wird zugestimmt.

zu 4.3 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Vorlage: IV/2007/06567

Der Abwägungsbeschluss und der Beschluss zum ISEK wurden gemeinsam diskutiert.

Frau Schlüter-Gerboth sagte, dass Die Linke mit den Antworten der Stadtverwaltung zu ihrem Fragenkatalog einverstanden ist.

Herr Dr. Wöllenweber fragte, in welcher Form die Verkehrsentwicklungsplanung an das ISEK angeschlossen wird, integriert oder als eigenes Konzept?

Herr Lunebach erläuterte, dass das verkehrspolitische Leitbild in 2008 fortgeschrieben wird. Dazu wird es einen SR-Beschluss geben. Es wird eine relativ zeitnahe und häufige Fortschreibung des ISEK erwartet. Dabei wird das verkehrspolitische Leitbild integriert werden. Dies ist ein dynamischer Prozess.

Herr Felke meinte, dass ab 2010 eine grundsätzliche Überarbeitung des ISEK notwendig wird, weil das Stadtumbauprogramm nur bis 2009 läuft.

Herr Lunebach bestätigte dies und fügte hinzu, dass die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung ebenfalls ausschlaggebend ist. Die Auswertung des Wohnungsmarktberichtes 2007 wird hier erste Erkenntnisse bringen.

Herr Felke fragte,

1. warum es für den Migrantenanteil keine genaueren Zahlen gibt?
2. ob die Anregungen der Bürgerinitiative VI. WK Halle-Neustadt berücksichtigt wurden und weiterhin Entscheidungen nur im Dialog mit der Bürgerinitiative getroffen werden?

Herr Dr. Pohlack antwortete zum Punkt 2, die Bürgerinitiative werde den SR in seiner nächsten Sitzung noch beschäftigen. In seiner Grundaussage wird das ISEK nicht geändert. Mit der GWG wurden Absprachen zur Veräußerung der betroffenen Häuser an einen privaten Investor getroffen. Ein Konzept, das eine Abzonung der Blöcke und eine erneute Sanierung der Grundstruktur vorsieht, liegt vor.

Herr Golnik antwortete zu Punkt 1, dass der Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund nicht erfasst werden kann und darf. Es wird aber geschätzt, dass dieser sehr hoch ist.

Herr Dr. Wöllenweber fragte, ob der hohe Anteil an Fluktuation von Ausländern wirklich belegbar ist?

Herr Golnik antwortete, dass die Zahlen von der Ausländerbehörde statistisch übernommen wurden. Eine Bewertung ist bisher nicht erfolgt und kann nur in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept wird beschlossen.

zu 4.4 Beschluss zur Erweiterung der Stadtumbaugebiete Nördliche und Südliche Innenstadt
Vorlage: IV/2007/06568

Herr Lunebach erläuterte die Änderungen.
Es wurde nicht diskutiert.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Das vom Stadtrat am 24.04.2002 (Beschluss-Nr. III/2002/02217) beschlossene Fördergebiet Stadtumbau Ost „Nördliche Innenstadt“ (Nr. 103) wird um den Bereich „Nördlicher Teil der Salineinsel“ erweitert . Das vom Stadtrat am 24.04.2002 (Beschluss-Nr. III/2002/02217) beschlossene Fördergebiet Stadtumbau Ost „Südliche Innenstadt“ (Nr. 102 und 411) wird um den Bereich „Hafenbahntrasse“ erweitert.

Die Übersichtskarten mit den neuen räumlichen Abgrenzungen der Stadtumbaugebiete Nördliche und Südliche Innenstadt sind Bestandteil des Beschlusses.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282

zu 5.2 Änderungsantrag zum Antrag von Stadtrat El-Khalil vom 28.2.2007 zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06636

TOP 5.1 und 5.2 wurden gemeinsam diskutiert.

Herr Möbius erläuterte den ablehnenden Standpunkt der Stadtverwaltung aus fachlicher Sicht zu der vorgeschlagenen Verkehrsführung des Änderungsantrages.

Herr Dr. Eigenfeld meinte, dass der wichtigste Punkt die beidseitige Befahrbarkeit des Robert-Franz-Ringes zwischen Ankerstraße und Mansfelder Straße ist. Alle anderen Details sollte die Verwaltung erarbeiten. Darauf hätte man sich in der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe geeinigt. Er hielt es für unglücklich, dass der Änderungsantrag der CDU dem nicht entspricht.

Herr Sängler ging auf das Argument der Verwaltung, die Klausbrücke sei nicht ausreichend tragfähig ein und betonte noch einmal den Vorschlag der CDU-Fraktion, den LKW-Verkehr aus Richtung Norden rechtzeitig zurückgesetzt halten zu lassen, damit die Schleppkurve durch Nutzung der Gegenfahrbahn ausreichend ist und brachte Argumente zur Tragfähigkeit ein.

Herr Möbius sagte, dass er missverstanden wurde. Es geht ihm nicht um die Tragfähigkeit der Brücke, sondern um die Verkehrsführung mit den Auswirkungen auf den Glauchaer Platz. Die Leistungsfähigkeit an der Klausbrücke würde entgegen den Annahmen der Stadträte bei Zweirichtungsverkehr weiter reduziert werden.

Herr Ploß erläuterte in einem Vortrag eine seiner Meinung nach mögliche Änderungen der Verkehrsführung im gesamten Gebiet der Spitze. Er war der Meinung, dass hier „Geld in die

Hand genommen werden sollte“, um eine umfassende Lösung an der Klausbrücke zu schaffen.

Herr Möbius erläuterte Herrn Ploß das gesamtheitliche Verkehrskonzept Spitze und warum es so organisiert werden musste aus dem fachlichen Zusammenhang und wies darauf hin, dass der Glauchaer Platz aus Richtung Norden nicht so aufnahmefähig ist. Es wird zu erheblichen Staus kommen, wenn der Robert-Franz-Ring beidseitig befahrbar wird. Verkehrsrechnungen haben in der Vergangenheit dazu geführt, den Verkehr über die Ankerstraße rechtzeitig abzuleiten, um den Glauchaer Platz zu entlasten.

Herr Sänger bekräftigte, dass nicht der gesamte Verkehr zum Glauchaer Platz geführt würde, da der Verkehr in Richtung Halle-Neustadt über die Ankerstraße abfließen kann. Es erfolgt eine Teilung des Verkehrsstromes.

Herr Möbius erläuterte, dass die von der CDU geforderte Verkehrsführung bereits im Baustellenzustand erprobt wurde und dabei eine Zunahme der Stauentwicklung festgestellt wurde. Während dieser Phase wurden die Auswirkungen dokumentiert. Er hielt den Vorschlag der CDU für problematisch. Er wird von der Verkehrsplanung weder befürwortet noch mitgetragen.

Herr Weihrich sprach sich für die Ablehnung des Antrages aus. Er wies darauf hin, dass eine erhöhte Gefahr für Radfahrer und Fußgänger in Kauf genommen wird. Außerdem seien die erhöhten Mittel im städtischen Haushalt nicht realisierbar.

Herr Dr. Wöllenweber sagte, dass die Ankerstraße breit genug ist für einen Zweirichtungsverkehr, dass der Robert-Franz-Ring und die Klausbrücke einer grundlegenden Sanierung bedürfen.

Herr Lehmann sprach sich für die Öffnung des Altstadtringes und die Befahrbarkeit der Altstadt aus. Dies wurde wiederholt von Händlern der Altstadt gefordert. Dieser Punkt ist noch nicht genügend ausdiskutiert.

Frau Schlüter-Gerboth ergänzte, dass Fußgänger an der Klausbrücke sehr gefährdet sind und eine Signalisierung notwendig ist.

Herr Dr. Eigenfeld sagte, dass das Verkehrsaufkommen vorhanden ist und es darauf ankommt die Abfahrtmöglichkeiten vom Robert-Franz-Ring zu verdoppeln, so dass auch in der Ankerstraße weniger Verkehr ist.

Herr Bauersfeld sagte, dass wegen des Straßenbahnvorranges, des Radfahrer- und Fußgängerverkehrs in der Mansfelder Straße jedes Auto anhalten muss. Die Straßen werden seiner Meinung nach leistungsfähiger, wenn der Verkehrsstrom an der Ankerstraße geteilt wird.

Herr Weihrich war der Meinung, dass die Staus zunehmen werden wie der Bauzustand gezeigt hat.

Herr Sänger sprach sich für eine Signalisierung des Knotens aus, um die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer zu gewährleisten,

Herr Möbius betonte wiederholt, dass bei der Erfassung der Verkehrsströme im Bauzustand, eine Zunahme der Staus zu verzeichnen gewesen ist. Die Signalisierung mindert die Leistungsfähigkeit des Knotens. Es wird auf jeden Fall mehr Verkehr/ mehr Stau zu verzeichnen sein.

Herr Dreßler erwartet keine Verbesserung des Verkehrsflusses durch den Zweirichtungsverkehr.

Herr Ploß meinte, dass bei der Einführung des Zweirichtungsverkehrs auch die Zufahrtsmöglichkeit zur Händelgarage mit verändert werden kann und damit die Kleine Ulrichstraße in der Kneipenzone beruhigt wird.

Herr Sänger schlug vor, der Verwaltung die Lösung der Probleme bei der Realisierung des Zweirichtungsverkehrs zu überlassen.

Herr Weihrich sprach sich dagegen aus, dies sei der Verwaltung gegenüber unfair zumal sie aus fachlicher Sicht diese Verkehrslösung ablehnt. Wenn die Politik einen Beschluss entgegen der fachlichen Meinung der Verwaltung fasst, müsse sie auch zu den Konsequenzen stehen, wenn sich die erwarteten positiven Effekte nicht einstellen und eine Verschlechterung der Verkehrssituation eintritt. Er werde prüfen lassen, ob die zusätzliche Belastung des Haushaltes rechtskonform ist.

Abstimmung zu TOP 5.2 Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis:

Nein-Stimmen 4

Enthaltungen 1

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Robert-Franz-Ring wird zwischen Ankerstr. und Mansfelder Str. in beide Richtungen befahrbar.
2. Die Ankerstr. vom Robert-Franz-Ring in Richtung Mansfelder Str. wird vom Robert-Franz-Ring bis zum Hotel Ankerhof Einbahnstraße.
3. Die Ankerstr. wird von der Mansfelder Str. bis Hotel Ankerhof in beide Richtungen befahrbar.
4. Das Linksabbiegen aus dem Robert-Franz-Ring in die Ankerstr. aus Richtung Mansfelder Str. kommend wird unterbunden.
5. Die Mansfelder Str. wird vom Robert-Franz-Ring in westliche Richtung Einbahnstraße.
6. Die Einmündung Robert-Franz-Ring/Mansfelder Str. wird signalisiert (Die Aufstellfläche im Robert-Franz-Ring wird so weit zurückverlegt, dass die Schleppkurve für LKW und Busse verbessert wird).
7. Im Robert-Franz-Ring aus Norden kommend wird vor der Ankerstr. eine Beschilderung errichtet, die den Verkehr in Richtung Halle-Neustadt und Garage Spitze nach rechts ausweist und den Verkehr in die Innenstadt geradeaus.

Der Antrag TOP 5.1 wurde wie folgt durch **Herrn Sänger** modifiziert

modifizierter Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring zwischen Mansfelder Straße und Ankerstraße so zu gestalten, dass ein Zweirichtungsverkehr in diesem Abschnitt möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 2

Enthaltungen 1

Dem modifizierten Beschluss wurde mehrheitlich zugestimmt.

zu 5.3 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS zum Kostencontrolling von Bauprojekten Vorlage: IV/2006/06154

Abstimmungsergebnis:

vertagt

zu 6 Anfragen

-
- **Frau Schlüter-Gerboth** fragte nach den Möglichkeiten der Unterstützung für die Kleingartenanlage „Am Donnersberg“. Diese wurde vom privaten Eigentümer gekündigt. Wird eine Änderung des FNP für Wohnbebauung angestrebt?
Herr Dr. Pohlack antwortete, dass man die privatrechtliche Frage von der öffentlich rechtlichen trennen muss. Das privatrechtliche Problem kann von der Stadtverwaltung nicht gelöst werden.

Herr Lunebach ergänzte, dass ein Gespräch mit dem Stadtverband der Kleingärtner stattgefunden hat. Die Verwaltung empfiehlt, auf eine FNP-Änderung und ein darauf folgendes B-Planverfahren zu verzichten.

- **Herr Bauersfeld** fragte, ob der neue Eigentümer des Ritterhauses sich ebenfalls an der Teilung der Kosten für die Änderung der Stufen am Ritterhaus beteiligen wird?
Herr Dr. Pohlack antwortete, dass mit dem neuen Eigentümer in dieser Richtung verhandelt wird. Es liegt noch kein Ergebnis vor.
- **Herr Felke** fragte
 1. ob auf die Beschwerden der Bewohner des Brandbergweges wegen der baulichen Mängel in der Straße und die damit verbundene Lärmbelästigung bereits reagiert wurde. In einem ersten Antwortschreiben war dies nicht erkennbar?
 2. nach der Ausschilderung Brunos Warte gemäß dem Schreiben der IHK und IG Alter Markt und ob am Großen Berlin und in der Brauhausstraße ebenfalls Änderungen der Beschilderung vorgenommen werden sollen?

Herr Dr. Pohlack antwortete

zu 1. Es war zunächst aus dem Schreiben der Anwohner nicht ersichtlich, dass der Lärm durch Straßenschäden verursacht wurde. Eine erneute Antwort erfolgt.

Herr Möbius antwortete

zu 2. dass das Schreiben der IHK und IG Alter Markt bereits beantwortet wurde. Die Verkehrskonzeption Altstadt wird überarbeitet, damit werden die rechtlichen Bedenken behoben. Es sind keine weiteren Änderungen der Beschilderung vorgesehen.

- **Herr Wehrich** fragte nach dem neuesten Stand zur Fahrradstation am Hauptbahnhof?

Herr Lunebach antwortete, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung zum Bau und zum Betrieb einer Fahrradstation zurzeit geprüft wird. Mit einem Ergebnis ist Ende des Jahres zu rechnen.

Herr Wehrich erinnerte daran, dass ebenfalls die Kofinanzierung für den Betrieb aus sozialen Mitteln geprüft werden sollte.

- **Frau Schlüter-Gerboth** fragte nach dem Widerspruch der Antwort des Ministeriums auf eine Beschwerde der Bürger an der B 100 wegen Lärmbelästigung und einer Pressemitteilung der Stadt. Im Antwortschreiben des Ministeriums heißt es, dass dem FB 61/63/66 keine Beschwerden bekannt sind. In der Pressemitteilung wird dargestellt, dass Lärmmessungen durchgeführt wurden.

Wird schriftlich beantwortet.

- **Herr Dr. Eigenfeld** fragte, ob das Saaleufer am Böllberger Weg auch nach dem Bau der neuen Sportanlagen für die Öffentlichkeit begehbar bleibt?

Herr Lunebach antwortete, dass das kostenfreie Wegerecht für die Öffentlichkeit im vorhabenbezogenen Bebauungsplan verankert wird und dass davon auszugehen ist, dies auch für weitere Uferabschnitte so zu handhaben.

zu 7 Anregungen

- **Herr Dressler** regte an, im PA einen Bericht zum Ergebnis des Wettbewerbes Riebeckplatzhochhäuser zu geben.
- **Herr Eigenfeld** regte an, die Termine für Bürgerversammlungen im PA bekannt zu geben.

Die Verwaltung sagte dies zu.

Die Termine für den PA 2008 wurden bestätigt.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **mündliche Information - Ausbau Delitzscher Straße/ Optimierung der Erschließung der großen Gewerbeflächen**

Herr Möbius erläuterte die Optimierung der Erschließung an der Delitzscher Straße.

Abstimmungsergebnis:
zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Frau Schmiedehaus
Protokollführerin

Herr Dr. Pohlack
Beigeordneter

Herr Sänger
Vorsitzender